

Es bleibt dabei: Keine Windkraftanlagen

1. August 2009 | Von khI

Der Beringstedter Gemeinderat hat am Donnerstagabend seinen Anti-Windkraft- Beschluss vom 15. Juni bestätigt. Mit 6:5 Stimmen lehnten die Kommunalpolitiker die Ausweisung von Windenergie-Eignungsflächen ab. Entscheidend war das negative Votum von Ex-Bürgermeister Hans-Christian Wendell.



[+ Vergrößern](#) [◀ 1 von 2 ▶](#)

Ausbau auf ganzer Länge: Bürgermeister Klaus Mehrens gab bekannt, dass der Kirchdamm von Todenbüttel nach Lütjenwestedt nun doch saniert wird; der Beringstedter Kostenanteil beträgt 15 000 Euro. Fotos: Kühl

"Damit ist das Thema Windenergie für unsere Gemeinde erledigt!", hatte Bürgermeister Klaus Mehrens in der Gemeindevertretersitzung am 15. Juni verkündet, nachdem sich seine Gemeinderatskollegen mit 5:3 Stimmen gegen eine Ausweisung von Windenergie-Eignungsflächen ausgesprochen hatten. Mehrens selbst hatte an dieser Abstimmung wegen angeblicher "Befangenheit" nicht teilnehmen dürfen - genauso wie sein Amtsvorgänger Hans-Christian Wendell und Gemeindevertreter Hermann Möller. "Befangen" seien er und seine beiden Kollegen am 15. Juni aber gar nicht gewesen, erklärte Mehrens in der außerordentlichen Gemeinderatssitzung und verwies auf eine entsprechende Mitteilung vom Innenministerium. "Weil nach unserer Abstimmung ja noch das Votum des Kreises und die abschließende Entscheidung der

Landesplanungsbehörde ausstehen, ergeben sich aus unserer Entscheidung keine unmittelbaren Vorteile für den Einzelnen, die zu einer Befangenheit führen würden", erläuterte Mehrens, "dadurch ist unser Beschluss von der letzten Sitzung nun praktisch aufgehoben, und heute gibt's eine neue Sitzung mit einer neuen Abstimmung."

Der Bürgermeister verlas ein Schreiben der Firma Enercon, in dem diese für die ersten zehn Jahre eines potentiellen Beringstedter Bürgerwindparks jährlich 5000-Spenden-Euro pro Windanlage zugunsten ortsansässiger Vereine versprach: "Bei vier Anlagen wären das jährlich 20 000 Euro, die zur Förderung gemeinnütziger Projekte zur Verfügung stehen würden."

In der Einwohnerfragestunde machte Heiko Wendell-Andresen folgendes Angebot:

"Wir Grundstückseigentümer wären bereit, ebenfalls 1000 Euro pro Anlage und Jahr zum Beispiel für den Kindergarten zu spenden." Die geplanten vier Anlagen würden in einem "konzentrierten Gebiet" errichtet, meinte Wendell-Andresen: "Ich finde, das können wir unserer Landschaft zumuten."

Marion Fuchs wies auf den zu befürchtenden Werteverlust bei den Immobilien hin, und Dieter Fuchs brandmarkte die in Aussicht gestellten Spendengelder als "Almosen": "Das ist doch ein absurdes Theater."

Gemeindevertreter Hermann Möller brachte die Gemeindefinanzen ins Spiel: "Da müssen wir uns die Frage stellen, ob wir Kindergarten, Jugendraum und Schwimmbad in der bisherigen Form aufrecht erhalten können - das soll ja alles bezahlt werden." Als Möller für den Fall, dass man das Enercon-Angebot "hochnäsig" ausschlage, Extra-Umlagen für die Beringstedter Bürger ankündigte, platzte seinem Gemeinderatskollegen Thomas Illing der Kragen. "Deine Einlassungen sind einseitig und interessenbezogen, und ich bin entsetzt, was du hier für Argumente vorbringst", regte sich Illing auf, "über solche Umlagen ist hier noch nie diskutiert worden - hier jetzt zu behaupten, dass wir nächstes Jahr pleite sind, wenn wir gegen die Windkraft stimmen, ist ein ganz schön starkes Stück!"

Gemeindevertreter Marc Riese verwies auf den Landeszeitungs-Bericht über die geplanten Bürgerentscheide in Lütjenwestedt und Gokels: "Wir sollten die Entscheidung über die Windkraft an das Dorf übergeben und uns diesen Bürgerentscheiden anschließen." Schützenhilfe bekam Riese von Hans-Christian Wendell: "Ich meine auch, dass ein Bürgerentscheid der richtige Weg wäre." "Das ist für Beringstedt zum 27. September nicht mehr machbar", sagte Bürgermeister Mehrens, "da können wir die nötigen Fristen nicht mehr einhalten."

Um 20.55 Uhr wurde abgestimmt. Die bei der Juni-Sitzung "befangenen" Möller und Mehrens votierten für eine Ausweisung von Windkraftflächen, Wendell stimmte dagegen, und so ergab sich nach dem 5:3 vom 15. Juni wiederum ein Anti-Windenergie-Votum: Der Gemeinderat lehnte die Flächenausweisung mit 6:5 Stimmen ab. "Nun könnten die Befürworter - wenn sie denn möchten - ein Bürgerbegehren veranlassen", vermerkte Mehrens, "innerhalb von sechs Wochen müsste da ein schriftlicher Antrag eingereicht werden."

[←ZURÜCK ZU ARTIKELDETAILS](#)

Lesercommentare

TILMAN KLUGE, BAD SODEN TS.

15.08.2009 22:56

Spende?

Wenn die Firma Enercon der Gemeinde für die ersten zehn Jahre eines potentiellen Beringstedter Bürgerwindparks jährlich 5000-Spenden-Euro pro Windanlage zugunsten ortsansässiger Vereine versprach, dann kommt man nicht umhin, zu prüfen, ob das nicht ganz klar juristisch als Bestechungs- oder Vorteilgewährungsversuch einzuordnen ist.